

Preisverleihung im Förderprogramm Klimaschutz mit System am 4.12.2014 in Stuttgart

Gemeinde Ilsfeld

Nahwärmenetz für öffentliche und private Gebäude mit Abwasserwärmenutzung

Die Gemeinde Ilsfeld nimmt am European Energy Award teil und hat darüber hinaus mit Hilfe eines Quartierskonzeptes die planerische Grundlage für das ausgewählte Projekt erarbeitet. Ilsfeld möchte im Kernort der Gemeinde mehr als 300 Gebäude über ein Nahwärmenetz mit einer Mischung aus langfristig verfügbaren regionalen regenerativen Wärmequellen versorgen. Die Nahwärmeversorgung soll aus einer Kombination aus Abwasserwärmenutzung, Kraft-Wärme-Kopplung und einer Biomasse-Heisanlage für die Wintermonate bestehen. Neben einem bestehenden erdgasbetriebenen Blockheizkraftwerk im Schulzentrum soll künftig Abwärme aus Klärwasser zur Wärmeversorgung genutzt werden. Um die Verschmutzungsproblematik an Wärmetauschern zu vermeiden, wird geklärtes Abwasser verwendet. Die mittels Wärmepumpen nutzbar gemachte Abwasserwärme wird in das geplante Nahwärmenetz eingespeist. Ergänzt wird diese Kombination aus Abwasserwärmenutzung und Kraft-Wärme-Kopplung durch eine Biomasseheizung als dritte Wärmequelle. Um Konkurrenz mit der Nahrungsmittelproduktion zu vermeiden ist, wird die Biomasse nur für den Winterbetrieb eingesetzt. Neben einem hohen Beitrag zur CO₂-Reduzierung überzeugte das Projekt durch seine Vorbildwirkung: Mit dieser Maßnahme will Ilsfeld zeigen, wie eine Energiequelle genutzt werden kann, die in fast allen Gemeinden Baden-Württembergs ständig und kostenlos zur Verfügung steht, die bisher jedoch kaum genutzt wird.

Ilsfeld beantragte die maximale Fördersumme von 3 Millionen Euro von den Gesamtkosten der Maßnahme in Höhe von 8,3 Millionen Euro sollen damit rund 36 Prozent abgedeckt werden.

Gemeinde Uhldingen-Mühlhofen

Abwärmenutzung eines Industriebetriebs zur Versorgung der Turn- und Schwimmhalle

Bei der Erstellung ihres integrierten Klimaschutzkonzeptes hat die Gemeinde einen ortsansässigen Härtereibetrieb als sehr großen Energieverbraucher identifiziert. Die HTU Härtetechnik GmbH, die als Projektpartner der Gemeinde auftritt, hat einen sehr hohen Anteil am Gesamtenergiebedarf der Gemeinde (rund 12 Prozent des Gesamtverbrauchs aller Verbraucher der Kommune einschl. des Verkehrs). In der Härtereie soll den Prozessgasen Energie durch Wärmetauscher entzogen und als Warmwasser in einem Pufferspeicher gespeichert werden. Aus diesem Pufferspeicher kann die in circa 150 Meter Luftlinie entfernt gelegene Turn- und Schwimmhalle über eine Fernwärmeleitung direkt versorgt werden. Im ersten Schritt soll der jährliche Wärmebedarf für die Beheizung von Raumluft, Schwimmbecken und Brauchwasser zur Verfügung gestellt werden. Für Kommunen mit hohem Industrieanteil liegt der Schwerpunkt bei der Umsetzung ihrer Klimaszutzziele in der Nutzung von vorhandenen Potentialen aus der Produktion. Effizienz und Mehrfachnutzung von Energie sind die Themen die hier angepackt werden müssen.

Die stringente Ableitung der Maßnahme aus dem vorhandenen Klimaschutzkonzept hat die Jury ebenso überzeugt wie die Tatsache, dass hier Gemeinde und Industrie von Beginn an als Projektpartner mit dem Ziel höherer Energieeffizienz zusammenarbeiten.

Das Projekt der Gemeinde Uhldingen-Mühlhofen ist aus Sicht der Jury beispielgebend und soll andere Betriebe und Kommunen anregen, vergleichbare Projekte umzusetzen.

Für die Investitionskosten von rund 425.000 Euro wurde ein Zuschuss von 212.500 Euro beantragt.

Gemeinde Teningen

Wärmenetze in den Teilorten Heimbach und Oberdorf.

Die Gemeinde möchte Wärmenetze in zwei unterschiedlichen Teilorten realisieren. Grundlage ihrer Planungen sind das Klimaschutzkonzept des Landkreises Emmendingen und vertiefende Untersuchungen der Gemeinde, unter anderem ein Quartierskonzept. Im städtisch geprägten Ortsteil Oberdorf sollen dafür drei bereits bestehende Wärmequellen für ein Nahwärmenetz nutzbar gemacht werden. Eine

Biogasanlage, deren Wärmeabgabe bisher nicht genutzt wird, die bestehende Hackschnitzel-Heizanlage des Schulzentrums und ein Industriebetrieb, der in großen Mengen Abwärme aus einem Verbrennungsprozess an die Umwelt abgibt. In einem ersten Bauabschnitt sollen die Wärmequellen Heizzentrale und Biogas-Abwärme etwa 60 Gebäude beliefern, davon 13 kommunale Gebäude. Im dörflichen Ortsteil Heimbach ist ein Wärmenetz geplant, das Wärme aus der Verbrennung regional erzeugter Holzhackschnitzel einsetzen soll. Beide Teilprojekte versprechen eine sehr hohe Reduzierung von CO₂-Emissionen und sind vorbildhaft für andere Kommunen. Während die Jury die Einbindung vorhandener Wärmequellen in Oberdorf hervorgehoben hat, hält sie allerdings bei Heimbach Nachbesserungen in technischer Hinsicht für notwendig. Der endgültige Projektzuschnitt steht somit noch nicht fest – davon unabhängig wird das Projekt im Ortsteil Oberdorf aber auf jeden Fall für das Antragsverfahren zugelassen und soll mit 400.000 Euro bezuschusst werden.

Stadt Bad Waldsee

Erdwärmeerschließung

Die Stadt Bad Waldsee im Landkreis Ravensburg hat sich die systematischen Grundlagen des Klimaschutzes in vorbildlicher Weise erarbeitet. Sie verfügt über ein integriertes Klimaschutzkonzept und ist außerdem seit kurzem Trägerin des European Energy Award in Gold. Die Stadt Bad Waldsee beabsichtigt, vorhandene Erdwärme durch eine Geothermiebohrung zu erschließen und für die Wärmeversorgung städtischer Gebäude sowie privater Gebäude zu nutzen. Zwei vorhandene Geothermietiefbohrungen liefern bereits Heilwasser und werden thermisch genutzt. Um diese Energieversorgung aus heimischen Ressourcen auszubauen, sollen zwei weitere Tiefbohrungen erkundet, geplant und abgeteuft werden, eine Thermalwasserförderbohrung und eine Reinjektionsbohrung. Ziel ist die Erschließung von Erdwärme mit ausreichend höffigen Tiefbohrungen (über 2000 Meter) zur Förderung des Thermalwassers und insbesondere zur Reinjektion des entwärmten, thermisch genutzten Grundwassers. Die vorhandene Erdwärme wird über ein neu aufzubauendes Nahwärmenetz verteilt. Öffentliche Einrichtungen, aber auch Gewerbebetriebe und Privathäuser von Bürgern entlang der geplanten Trasse in Bad Waldsee sollen mit Wärme versorgt werden. Daneben wird eine Klärschlamm-trocknung geplant und eine Kälteversorgung konzipiert. Die Gesamtkosten des Nahwärmenetzes betragen nach Angabe der Stadt circa 28 Millionen Euro. Dabei entfallen etwa 17 Millionen auf die beiden Bohrungen bis in

eine Tiefe von 2000 Metern, die entsprechenden Förderanlagen einschließlich Pumpen und zwei Grundstücken. Die Stadt erhält den Maximalzuschuss des Programms (drei Millionen Euro), um das nötige Eigenkapital für die ansonsten geplante Kreditfinanzierung des Vorhabens aufbringen zu können.

Stadt Altensteig

Erweiterung eines bestehenden Blockheizkraftwerkes zu einem virtuellen Stromspeicher

Die Stadt zeigt seit Jahren, wie Klimaschutz auf kommunaler Ebene vorangetrieben werden kann. Sie verfügt über ein Klimaschutzkonzept und beteiligt sich am eea. Über ein Stadtwerk ist Altensteig im Bereich effizienter Energieerzeugung und Nahwärme selbst aktiv. Ein in Altensteig bestehendes BHKW soll durch einen großen thermischen Pufferspeicher und einer auf Strom basierenden Wärmeerzeugung (Wärmepumpe) als flexibler „Stromspeicher“ fungieren. Die Anlage soll sich im Stromnetz „wie ein Pumpspeicherkraftwerk“ verhalten. Bei Strommangel kann das BHKW über die Gasmotoren elektrischen Strom produzieren und ins Netz einspeisen. Die nicht benötigte Wärme wird dabei in den Pufferspeicher geschoben. Bei Stromüberschuss entnimmt die Wärmepumpe elektrischen Strom aus dem Netz und erzeugt damit Wärme. Die nicht benötigte Wärme kann ebenfalls in den Wärmespeicher geschoben werden. Die Anlage soll rechnergesteuert mit dem Stromhandelssystem verbunden werden, um automatisiert die notwendigen Betriebszeitpunkte für die Ansteuerung der Gasmotoren oder der Wärmepumpe zu erhalten. Ein bestehendes BHKW in einer Altensteiger Schule verfügt über drei Gasmotoren mit einer elektrischen Gesamtleistung von rund 1100 kW. Zu der Anlage gehören drei Pufferspeicher mit einem Speichervolumen von 300.000 Litern Heizwasser. Mit dem Einbau einer elektrischen Großwärmepumpe, die über thermische Solarkollektoren mit Primärenergie versorgt wird, soll das bestehende BHKW zu dem oben beschriebenen System erweitert werden. So soll die Wirtschaftlichkeit des BHKW langfristig gesichert und der Umstieg auf die weniger effektive, reine Wärmeerzeugung durch Erdgas vermieden werden. Das Projekt kann als Modell für andere Stadtwerke dienen, die BHKWs betreiben. Für die Investitionen in Höhe von 435.000 Euro wird ein Zuschuss von 217.000 Euro (50 Prozent) beantragt.

Städtische Wohnungsbau (STW) Lahr „Klimaquartier Kanadaring“

Das Konzept „Klimaquartier Kanadaring“ basiert auf dem Klimaschutzkonzept der Stadt Lahr und kombiniert verschiedene Maßnahmen zur Senkung der CO₂-Emissionen in einem ehemaligen Kasernengelände. Ein Biomethan-BHKW soll für Warmwasser, die Abdeckung der Grundlast und die Erzeugung von Strom sorgen. Die Mittellast deckt eine 500 kW-Biomasseheizanlage ab, die mit Pellets befeuert wird. Für die Spitzenlast ist ein Biomethan-Gasbrennwertkessel zuständig, der 1100 kW liefert. Um den Energieverbrauch in den Wohnungen dauerhaft weiter zu senken, setzt die STW Smart-Home-Technologien ein. Zur Unterstützung dieses Prozesses stellt die STW einen Quartiersmanager ein, der eine Kampagne zum Klimaschutz im „Klimaquartier Kanadaring“ und Energieberatungen durchführt. Ein parallel umzusetzendes Mobilitätskonzept setzt auf die Reduzierung von CO₂ durch Vermeidung. Eine neue Quartiersmitte und neue Freizeitqualitäten des Wohngebietes und Wohnumfeldes sollen viele Fahrten mit dem PKW überflüssig machen. Unterstützt wird diese Strategie durch einen neuen Fuß- und Radweg, der die Stadt in Nord-Südrichtung verbindet. Weitere unterstützende Maßnahmen sind eine Ausleihstation für E-Bikes, ein Carsharing-Angebot mit zwei Elektrofahrzeugen und der Bau von Ladesäulen. Aus Sicht der Jury ein sehr gutes Projekt, mit einem umfassenden Ansatz, der verschiedene Handlungsfelder des kommunalen Klimaschutzes in vorbildlicher Weise kombiniert. Von den Gesamtkosten von rund 5,3 Millionen Euro sollen 2,65 Millionen (50 Prozent) gefördert werden.

Stadt Emmendingen

Gesamtstädtische Gebäude-Energieeffizienzkampagne "E-Haus"

Die Stadt Emmendingen hat im Zuge des Landesprogramms „Klimaneutrale Kommune“ im Jahr 2011 ein integriertes Klimaschutzkonzept erstellt. Anknüpfend an eine daraus entwickelte Stadtteilkampagne wird ein Maßnahmenpaket für eine gesamtstädtische Gebäude-Energieeffizienzkampagne (E-Haus) entwickelt. Neben Energieeffizienz-Maßnahmen werden dabei auch Suffizienzmaßnahmen und der Umbau der Versorgung hin zu Erneuerbaren Energien eine wesentliche Rolle spielen. Mit Hinblick auf die konkrete Umsetzung vor Ort wird eine schrittweise Steigerung der Sanierungsrate auf die Zielmarke von drei Prozent angestrebt. Über ein Klimapartner-Netzwerk sollen Strukturen geschaffen werden, die eine dauerhaft

hohe Sanierungsrate ermöglichen. Die Voraussetzung für Sanierungsbegleitung ist die Zusammenarbeit aller beteiligten Akteure in einem Akteursnetzwerk. Der Aufbau eines solchen Netzwerks hat bereits auf der Stadtteilebene im Quartier Bürkle-Bleiche begonnen und wird im Rahmen des Vorhabens zu einem städtischen Akteursnetzwerk ausgebaut. Das Vorhaben vereinigt erprobte Elemente von ÖA-; Beratungs- und Förderansätzen und ergänzt diese mit innovativen Elementen wie zum Beispiel Schnittstellen-Management, Unterstützung bei der Sanierungsbegleitung für den Bauherren, Sanierungs-Baugruppenmanagement und der Verzahnung von Gebäudeenergie- und Stromeinsparberatung. Emmendingen kann dadurch im Sektor „Gebäudeenergieeffizienz“ eine Vorreiterrolle in der Region übernehmen und will andere interessierte Kommunen bei der Umsetzung von Gebäudeeffizienzmaßnahmen durch einen ausführlichen Wissenstransfer unterstützen. Die Sach- und Personalkosten der auf drei Jahre angelegten Kampagne betragen rund 570.000 Euro. Da es sich um ein ausschließlich nicht investives Projekt handelt, bei dem die Einwohner persönlich und direkt angesprochen werden, kann hier der erhöhte Fördersatz von 70 Prozent gewährt werden, das heißt der Zuschuss aus EFRE-Mitteln wird um bis zu 114.000 Euro aus Landesmitteln aufgestockt.

Stadt Radolfzell

Beratungs- und Fördersystem zur energetischen Sanierung ausgewählter Quartiere

Dier Stadt hat in ihrem Klimaschutzkonzept und im energiepolitischen Arbeitsprogramm im Rahmen des eea die Bau- und Sanierungsberatung als wichtige Aufgabe definiert. Das Projekt umfasst eine mehrstufige Beratungs- und Förderstrategie zur energetischen Sanierung ausgewählter Quartiere oder Straßenzüge, die sich durch einen im Alter und in der Bauweise homogenen Gebäudebestand auszeichnen. Die Kommunikations- und Beratungsstrategie wird in Kooperation mit dem Institut für sozial-ökologische Forschung, Frankfurt/Main entwickelt. Das Projekt soll im ersten Schritt Schwerpunktgebiete festlegen, innerhalb derer die Eigentumsverhältnisse genauer untersucht und vielversprechende Seite 6 von 10

Quartiere, Blöcke oder Straßenzüge identifiziert werden. Für die abgegrenzten Bereiche wird dann ein mehrstufiges Beratungsangebot entwickelt und angewendet. Dabei ist etwa geplant, Informationsveranstaltungen und Beratungen räumlich in das

vertraute Umfeld der Zielgruppen zu legen (quartiersspezifische Infoveranstaltungen, „Küchentisch-Beratungen“ etc.). Überdies werden die Beratungsangebote nach Sanierungsanlässen bzw. Zielgruppen und deren Sanierungsmotiven systematisiert.

Baustein 1: 1000 Einstiegsberatungen

Baustein 2: 100 Energiekonzepte

Baustein 3: 10 Modellprojekte (Umsetzungsberatung und Baubegleitung)

Baustein 4: begleitende Öffentlichkeitsarbeit

Überzeugend bei diesem Projektvorschlag ist die fundierte Kommunikationsstrategie inkl. Evaluierung und Weiterentwicklung mit "Meilenstein-Workshops"), die systematische Vorgehensweise und die Erfolgskontrolle. Die Kosten der für 2,5 Jahre angesetzten Kampagne betragen 355.000 Euro. Da es sich um ein ausschließlich nicht investives Projekt handelt, bei dem die Einwohner persönlich und direkt angesprochen werden, kann hier der erhöhte Fördersatz von 70 Prozent gewährt werden, das heißt der Zuschuss aus EFRE-Mitteln wird um bis zu 71.000 Euro aus Landesmitteln aufgestockt.

Stadt Aalen

Schaffung einer zentralen Wärmeachse zur Netzerweiterung

Die Stadt Aalen hat sowohl in ihrem integrierten Klimaschutzkonzept als auch im Zuge der Zertifizierung mit dem European Energy Award das Thema „Abwärmenutzung aus Industrieprozessen“ als Schlüsselthema für wirksame CO₂-Reduzierungen identifiziert. Bisher fehlt es allerdings an einem zusammenhängenden Fernwärmenetz. Das Projekt sieht daher vor, bestehende innerstädtische Nahwärmeinseln zu vernetzen und weiter auszubauen. Eine neue Wärmeleitung soll als zentrale Wärmeachse zwischen den Industrieschwerpunkten eingerichtet werden. Diese Zentralachse soll den Anschluss sowohl neuer Wärmelieferanten aus der Industrie wie auch den neuer Abnehmer ermöglichen. Sie dient zugleich als Entlastung bestehender Leitungen, um weitere Nutzer anschließen zu können.

Die Jury bescheinigt dem Projekt ein sehr großes Potential zur CO₂-Reduzierung und eine hohe Fördermitteleffizienz. Auch die stringente Ableitung aus den vorhandenen Konzepten wurde gewürdigt.

Aus beihilferechtlichen Gründen wird der Fördersatz für dieses Projekt etwas unter dem Regelsatz des Programms von 50 Prozent liegen. Für die geplante Investition

von 4,5 Millionen Euro kann aber ein Zuschuss von etwas über 2 Millionen Euro in Aussicht gestellt werden.

Stadt Friedrichshafen

Nahwärmenetze im Quartier Heinrich-Heine-Straße, Integration industrieller Abwärme

Die Stadt hat sowohl ein integriertes Klimaschutzkonzept als auch die Auszeichnung mit dem eea in Gold. Die Stadtwerke Friedrichshafen wollen zwei Nahwärmenetze im direkten Umfeld eines großen Industriegeländes mitten in der Stadt verlegen. Dabei soll die Abwärme der dort befindlichen Industrieanlagen zur Wärmeversorgung genutzt werden. Über die Nahwärmenetze sollen ein Wohngebiet mit Geschosswohnungsbau (ehemaliges Kasernengelände) und ein Wohn- und Geschäftsquartier versorgt werden. Verschiedene Verbraucher wie Industrie, öffentliche Gebäude, soziale und kirchliche Einrichtungen und Wohnbebauung werden eingebunden. Die Stadtwerke wollen hier gemeinsam mit mehreren industriellen Projektpartnern in großem Maßstab die oft geforderte Einbindung von Gewerbe und Industrie in kommunale Klimaschutzaktivitäten realisieren. Dieser und weitere begrüßenswerte Ansätze führen dazu, dass dieses Projekt für viele Städte beispielgebend sein kann.

Die Vorbildwirkung und Übertragbarkeit auf andere Kommunen wurden von der Jury hoch eingeschätzt. Daher sollen die Stadtwerke den beantragten Zuschuss von 1,7 Millionen Euro auch erhalten.

Wirtschaftsförderungsgesellschaft Region Bruchsal

„zeozweifrei unterwegs“: Flächendeckende Einrichtung von Carsharing-Stationen und Ladesäulen in ländlichen Kommunen

Das Projekt – abgeleitet aus dem Klimaschutzkonzept des Landkreises Karlsruhe – sieht die flächendeckende Einführung von Elektromobilitätsangeboten in Kombination mit Carsharing in der Wirtschaftsregion Bruchsal vor. Projektträger ist die Regionale Wirtschaftsförderung Bruchsal GmbH (WFG). In allen 13 Städten und Gemeinden, die der WFG angeschlossen sind, werden mehrere E-Carsharing-Stationen aufgebaut. Diese bestehen jeweils aus zwei Parkplätzen mit Lademöglichkeit an einer Doppelladesäule. Einer der beiden Parkplätze ist öffentlich zugänglich für Elektrofahrzeuge aller Art, der andere Parkplatz ist für ein dort stationiertes Elektrofahrzeug reserviert, das im Rahmen eines Carsharing-Systems öffentlich

nutzbar ist. zwozweifrei unterwegs soll auf diese Weise Elektromobilität für jedermann erfahrbar und erlebbar machen. Der relativ hohe Fahrzeugpreis zuzüglich Ladeinfrastruktur stellt derzeit noch den größten Hindernisgrund beim Kauf eines Elektrofahrzeugs dar. Die angestrebte EFRE-Förderung räumt diese Hürde in der Projektregion beiseite. Wer künftig ein Elektroauto ausprobieren möchte, muss sich nicht erst selbst eines anschaffen: Alle 41 Elektroautos sollen über den Carsharing-Pool öffentlich und günstig verfügbar sein. Von den Gesamtkosten von 2,28 Millionen Euro können –vorbehaltlich einer beihilferechtlichen Prüfung – 50 Prozent, also rund 1,14 Millionen Euro gefördert werden.

Stadt Mannheim (Integriertes KSK)

SQUARE –(smart quarter and urban area reducing emissions) Modellquartier auf militärischer Konversionsfläche mit Modellsanierungen, und klimaschonender Mobilität

Die Stadt Mannheim will im Konversionsgebiet „Franklin Village“ ein Demonstrationsvorhaben verwirklichen, das ehrgeizige Maßnahmen im Bereich der energetischen Sanierung von Mietwohnungsbauten mit einem Konzept zur klimafreundlichen Mobilität im Quartier verbindet.

Beispielhaft sollen in zwei ehemaligen Kasernengebäuden unterschiedliche Sanierungsansätze getestet werden. Zusätzlich sollen die Gebäude zu Smart Homes mit intelligenten Haushaltsgeräten umgerüstet und mit umfangreichen Mess- und Monitoringsystemen ausgestattet werden. Die im Alltag der Bewohner erzielbare Energieeinsparung soll so ausgewertet werden.

Die energiefreundlichen Gebäude werden durch verschiedene Bausteine klimafreundlicher Mobilität ergänzt. Eine dezentrale Quartiersgarage soll zugleich als Stromerzeuger- und -speicher für die dort geparkten Elektrofahrzeuge dienen. An einem integrierten Mobilitätspunkt soll die Nutzung von Bus, Car-Sharing und Rad verknüpft werden. Ein emissionsfreier Elektrobus wird dort halten und per induktiver Aufladung dabei auch gleich noch Strom „tanken“. Strom, der im Quartier erzeugt wird.

Die ambitionierte Herangehensweise, die gleichzeitige Ansprache verschiedener Handlungsfelder des kommunalen Klimaschutzes und die Möglichkeit, dass dieses Projekt beispielgebend für weitere Konversionsmaßnahmen wirken kann haben die Jury veranlasst, im Fall der Stadt Mannheim den höchstmöglichen Zuschuss von drei Millionen Euro zuzusprechen. Die Gesamtkosten des Projekts belaufen sich auf 7,8 Millionen Euro.

Landkreis Böblingen

Gebündeltes Energiemanagement in sechs Kreiskommunen

Der Landkreis Böblingen ist beim kommunalen Klimaschutz vorbildlich aktiv. Er hat ein integriertes Klimaschutzkonzept und seit kurzem ist er zudem mit dem eea in Gold zertifiziert. Obwohl das Thema Energiemanagement mittlerweile weithin als wichtiges kommunales Handlungsfeld erkannt ist und viele Kommunen hier tätig sind, können besonders kleinere Kommunen keinen eigenen Energiemanager beschäftigen. Abgesehen von fehlenden Personalmitteln wäre auch der Aufgabenumfang in den Kommunen nicht ausreichend für eine ganze Personalstelle. Deshalb macht es sich der Landkreis zur Aufgabe, das Energiemanagement als Gemeinschaftsprojekt für mehrere Kommunen zu gestalten. Die Maßnahme „gebündeltes Energiemanagement“ dient der Erfüllung der Vorbildfunktion der Kommunen, da durch die Maßnahme u. a. eine Reduzierung des Energieverbrauchs und des damit verbundenen CO₂-Ausstoßes von bis zu 15 Prozent in den untersuchten Liegenschaften der teilnehmenden Kommunen erwartet werden. Die Jury hat dieses Vorgehen des Landkreises als vorbildlich eingestuft, weil er das viel diskutierte Problem der mangelnden Handlungsfähigkeit kleinerer Kommunen beim Klimaschutz aufgreift. Die Ergebnisse sollten weithin übertragbar sein. Die Maßnahme ist auf fünf Jahre ausgelegt. Die Gesamtkosten betragen 530.000 Euro. Da es sich um ein nicht investives Projekt handelt, bei dem die Zielgruppe persönlich und direkt angesprochen wird, kann hier der erhöhte Fördersatz von 70 Prozent gewährt werden. Zusätzlich zu den EFRE-Mitteln in Höhe von rund 260.000 Euro kann der Landkreis mit einem Landeszuschuss von rund 100.000 Euro rechnen.